

Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2021

– Seebrücke Baden Württemberg & Flüchtlingsrat Baden-Württemberg –

1. Kriminalisierung Seenotrettung

a. Aktuell sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen die einzigen, die im Mittelmeer Menschen vor dem Ertrinken retten. Ihre Arbeit wird aber zunehmend kriminalisiert und behindert. Wie stehen Sie und Ihre Partei hierzu?

„Seenotrettung ist kein Verbrechen“ – diesen Slogan der Seebrücke werde ich jederzeit unterschreiben. Die Kriminalisierung der zivilen Seenotrettung ist für DIE LINKE ein Skandal. In unserem Wahlprogramm fordern wir deshalb ganz klar ein Ende der Kriminalisierung von Seenotretter*innen und Fluchthelfer*innen. Wir stellen uns auf die Seite derjenigen, die das Ertrinken und die Not von Menschen auf der Flucht nicht zulassen und aktiv werden - ob auf dem Mittelmeer, in den Lagern oder auch hier in Baden-Württemberg. Wir unterstützen vor Ort und im Land die Arbeit der Seebrücke und anderer Organisationen. Ich selbst habe dazu mehrfach Anträge im Heidelberger Gemeinderat eingebracht, in dessen Folge Heidelberg auch Sicherer Hafen wurde. Wir positionieren uns als Partei klar antirassistisch und stehen für offene Grenzen für alle Menschen.

b. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu der Forderung nach einer staatlich organisierten Seenotrettung und, falls Sie die Forderung unterstützen, wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür auf der baden-württembergischen Landesebene einsetzen?

Als LINKE fordern wir auf europäischer, Bundes- und Landesebene umgehend die Aufnahme einer staatlich organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettung. Wir setzen uns auch dafür ein, dass Baden-Württemberg Sicherer Hafen wird und freiwillig mehr Geflüchtete aufnimmt.

2. Thema Landesaufnahmeprogramm

a. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu einem weiteren Landesaufnahmeprogramm für die Aufnahme der Menschen von den europäischen Außengrenzen in Baden-Württemberg?

Ein Landesaufnahmeprogramm gehört für mich mit zu unseren wichtigsten Forderungen als LINKE. Konkret fordern wir in unserem Landeswahlprogramm ein Landesaufnahmeprogramm nach Berliner Vorbild. Dadurch haben die Kommunen mehr Möglichkeiten Geflüchtete aufzunehmen, ohne dass sie von blockierenden Bundes- und Landesinnenministern daran gehindert werden können.

b. Falls Sie für weitere Landesaufnahmeprogramme sind: Würden Sie eine Koalition mit einer Partei eingehen, die gegen Landesaufnahmeprogramme ist und wenn ja, wie würden Sie mit dieser Meinungsverschiedenheit umgehen?

Ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete gehört für uns zu den zentralen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung auf Landesebene. Sollten diese und weitere Bedingungen (echter Politikwechsel für einen sozialökologischen Umbau der Gesellschaft beispielsweise) stimmen, würde eine Koalition nicht an uns scheitern. Wir rechnen allerdings damit, dass wir im nächsten Landtag aus der Opposition heraus Druck erzeugen werden. Hierfür wollen wir mit Bewegungen und Initiativen wie auch der Seebrücke zusammenarbeiten. Es ist gut wenn die Seebrücke eine Partnerin im Parlament hat, über den sie zum Beispiel Anfragen einbringen kann und die die Forderungen der Seebrücke im Landtag hörbar macht. Diese Partnerin wollen wir auch im Landtag sein, so wie wir es jetzt schon häufig auf kommunaler Ebene in Baden-Württemberg sind.

c. Unterstützen Sie und Ihre Partei die Klage Berlins gegen das Nein zum Landesaufnahmeprogramm? Wie würden Sie und Ihre Partei die Klage unterstützen? (alternativ: Sind Sie dafür, dass sich Baden-Württemberg der Klage anschließt?)

Ja, denn die rechtlich fragwürdige Blockade durch Innenminister Seehofer muss durchbrochen werden. Wir wollen für Baden-Württemberg ein Landesaufnahmeprogramm auflegen. Dies wird ohne Klage gegen Innenminister Seehofer nicht möglich sein. Ob Baden-Württemberg sich gegebenenfalls der Berliner Klage anschließt oder eine eigene Klage einreicht, muss anhand der jeweiligen Erfolgsaussichten entschieden werden.

3. Aufnahmebereitschaft der Kommunen

- a. Wie möchten Sie oder Ihre Partei konkret das Engagement und die Aufnahmebereitschaft der vielen Kommunen als Sichere Häfen unterstützen und Rahmenbedingungen für eine eigenständige kommunale Aufnahme schaffen?

Wir wollen ein Landesaufnahmeprogramm nach Berliner Vorbild, das den Kommunen mehr Möglichkeiten bei der Aufnahme von Geflüchteten gibt. Die Kommunen müssen dazu auch die notwendigen Finanzmittel erhalten.

Außerdem wollen wir, dass § 23 des Aufenthaltsgesetz über die Neuansiedlung von Schutzsuchenden dahingehend geändert wird, dass Kommunen und Länder zukünftig nur noch "im Benehmen" und nicht länger wie bisher im Einvernehmen mit dem Innenministerium Menschen aufnehmen können. Eine Einwilligung des Innenministeriums würde entfallen und Kommunen könnten entgegen den Empfehlungen des Innenministeriums Geflüchtete aufnehmen. Entsprechende Bundesratsinitiativen wurden in der Vergangenheit leider nur von den Ländern Thüringen, Berlin und Bremen unterstützt (alle mit Regierungsbeteiligung der LINKEN). Im Stuttgarter Landtag möchte ich mich mit meiner Fraktion dafür einsetzen, dass auch Baden-Württemberg derartige Bundesratsinitiativen zukünftig unterstützt.

- b. Wie werden Sie und Ihre Partei mit der Forderung aus der Zivilbevölkerung für eine zusätzliche Aufnahme von schutzsuchenden Menschen umgehen?

Ich und meine Partei DIE LINKE unterstützen diese Forderungen. In zahlreichen Städten wie etwa in Heidelberg hat DIE LINKE Anträge eingebracht, damit Kommunen sich zum sicheren Hafen erklären. Wir werden uns immer, zusammen mit zivilen Organisationen, dafür einsetzen, dass schutzsuchende Menschen aufgenommen werden und eine klare Bleibeperspektive bekommen.

4. Sichere Bleibeperspektiven in Baden-Württemberg

a. Wie werden Sie und Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass in Baden-Württemberg sichere Bleibeperspektiven für schutzsuchende Menschen gewährleistet werden können?

Neben der Forderung, dass Baden-Württemberg ein sicherer Hafen sein soll, wollen wir auch den Umgang mit geflüchteten Menschen grundsätzlich ändern. Weg mit den Lagern und stattdessen dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl. Im Rahmen des aufzulegenden sozialen Wohnungsbauprogramms muss die aufnehmende Unterbringung von Geflüchteten ermöglicht werden. Die Partei DIE LINKE unterstützt das Konzept einer Solidarischen Stadt, solidarity city, denn die Teilhabe an der Lebensqualität unserer Städte muss allen offenstehen, unabhängig von rechtlichem Status, Geschlecht, sozialer Herkunft, Pass, sexueller Orientierung oder Religion. Es darf keine Grundrechtseinschränkungen für Geflüchtete geben. Derartigen institutionellen Rassismus habe ich schon immer bekämpft und werden wir als LINKE immer bekämpfen.

Ein erster Schritt auf Landesebene, den das Land Baden-Württemberg unabhängig von anderen politischen Ebenen beschließen könnte, wäre der Erlass eines Winterabschiebestopps. Dafür möchte ich mich mit der LINKEN im kommenden Landtag stark machen.

b. Wie möchten Sie oder Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die aktuellen Bleiberechtsoptionen verbessert werden?

Zunächst einmal muss über Bleiberechtsoptionen proaktiv aufgeklärt werden. Es passiert viel zu oft, dass insbesondere minderjährige Geflüchtete über ihre rechtlichen Möglichkeiten nicht informiert werden. Deswegen wollen wir hier eine entsprechende gesetzliche Verpflichtung festschreiben.

Als LINKE kämpfen wir grundsätzlich für ein Ende aller Abschiebungen. Dies wäre der beste Schutz für alle Geflüchteten. Dafür machen wir uns auf allen politischen Ebenen stark. Uns ist aber auch klar, dass entsprechende Rechtsänderungen häufig auch nur auf der Bundesebene umzusetzen sind. Ein erster wichtiger Schritt in der rechtlichen Umsetzung muss sein, dass der Besuch von Schule, Ausbildung oder Uni oder ein Arbeitsvertrag genügt, um ein sicheres Bleiberecht zu erhalten. Zentral ist auch die Wiederherstellung des Anfangs der 90er Jahre ausgehöhlten deutschen Asylrechts im Grundgesetz. Der 2019 mit dem euphemistisch genannten "Geordnete Rückkehr-Gesetz" geschaffene Aufenthaltsstatus nach § 60b Aufenthaltsgesetz, die sogenannte

“Duldung light”, wollen wir wieder abschaffen. Bei ihm handelt es sich um einen extrem prekären rechtlichen Aufenthaltsstatus, der die Betroffenen stigmatisiert, ausgrenzt und scharfen rechtlichen Sanktionen aussetzt. Kettenduldungen wollen wir zudem abschaffen und durch langfristige Bleibeperspektiven ersetzen.

Sehr problematisch sind zudem die aktuellen Regeln zum Familiennachzug für Geflüchtete, da diese Zusammenführungen von Familien verhindern. Insbesondere für subsidiär Schutzberechtigte wurden die Regelungen in den letzten Jahren massiv verschärft. Wir fordern den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten als Anspruch auszugestalten. Zu minderjährigen subsidiär Schutzberechtigten soll ein Elternteil auch dann nachziehen dürfen, wenn sich bereits ein personensorgeberechtigter Elternteil im Bundesgebiet aufhält. Der Schutz der Familie gemäß Artikel 6 des Grundgesetzes und Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention muss auch für Geflüchtete gelten.

Auch die durch die Arbeitsagentur vorgenommene Vorrangprüfung bei der Aufnahme eines Beschäftigungsverhältnisses durch Geflüchtete und Nicht-EU-Ausländer ist abzuschaffen. Die derzeitige Regelung ist diskriminierend.

c. Wie werden Sie und Ihre Partei die Umsetzung des Beschlusses vom April 2017 realisieren, wonach Betroffene über die existierenden Bleiberechtsoptionen aufgeklärt werden?

Das Land soll die gesetzliche Bleiberechtsregelung geduldeter Geflüchteter konsequent anwenden. Über Bleiberechtsoptionen muss proaktiv von unabhängigen Stellen informiert werden.

5. Gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen

a. Wie kann die gesellschaftliche Teilhabe von geflüchteten Menschen verbessert werden (z.B. Zugang zu Wohnraum, Bildungschancen, Arbeit und Ausbildung)

Seitdem ich vor inzwischen über zehn Jahren in Heidelberg politisch aktiv geworden bin, setze ich mich für eine bessere gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen ein. Eine meiner ersten politischen Aktionen war damals die Organisation von antirassistischen Einkäufen mit Geflüchteten. Bei diesen antira-Einkäufen konnten Geflüchtete ihre Einkaufsgutscheine gegen Bargeld tauschen durch das gemeinsame Einkaufen. Das damalige Gutscheinsystem, welche die Einkaufsmöglichkeiten von Geflüchteten streng limitierte, war diskriminierend und entwürdigend, weil es paternalistisch die Geflüchteten unter den Generalverdacht stellte, mit ihrem Bargeld nicht haushalten zu können. So konnten wir damals den Menschen helfen, während solidarische Menschen hier vor Ort im Gegenzug die Einkaufsgutscheine von den Geflüchteten bekamen. Mit dem Bargeld statt den Gutscheinen in der Hand war es den Geflüchteten möglich in ähnlicher Weise einzukaufen wie es Menschen ohne Fluchterfahrung hier in Deutschland können. Außerdem wurde eine Reihe von Bedarfsgütern auch gar nicht in das Gutscheinsystem eingepreist, die nur mit Bargeld erworben werden konnten. Auch heute noch lehne ich und DIE LINKE jede Form von Gutscheinsystem kategorisch ab.

Mit meiner Partei fordere ich außerdem eine dezentrale Unterbringung und freie Wohnortwahl für geflüchtete Menschen. Ein landesweites, soziales Wohnbaukonzept soll die integrative Unterbringung von Flüchtlingen ermöglichen. Dazu gehört auch die medizinische Versorgung: ein anonymer Krankenschein zur Behandlung von Menschen ohne Aufenthaltspapiere, eine elektronische Gesundheitskarte für Geflüchtete, finanziert über einen staatlichen Behandlungsfond. Integration fängt mit Sprache an, deswegen wollen wir das Angebot an kostenlosen Sprachkursen deutlich vergrößern.

Außerdem fordern wir die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes. Geflüchtete müssen stattdessen die selben Sozialleistungen wie Personen mit deutschem Pass erhalten. Generell braucht es die einheitliche Durchsetzung von Sozialstandards für Geflüchtete. Teilhabe bedeutet auch Mobilität. Wir fordern einen ticketfreien öffentlichen Personennahverkehr. Davon würden auch Geflüchtete profitieren.

b. Wie möchten Sie und ihre Partei die Kommunen bei der Erfüllung dieser Aufgabe unterstützen?

Den Kommunen müssen mehr Rechte bei der Aufnahme von Geflüchteten zukommen. Des Weiteren müssen die Kommunen die notwendige finanzielle Unterstützung aus Bundes- und Landesmitteln erhalten. Wir sind gegen die bisherige Praxis, dass die Kommunen die Kosten für Flüchtlinge im Nachhinein erstattet werden (Spitzabrechnung). Stattdessen fordern wir, dass sie mit einem Pauschalbetrag in ausreichender Höhe ausgestattet werden.

6. Beteiligung baden-württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen

a. Wie möchten Sie oder Ihre Partei dafür Sorge tragen, dass vor dem Hintergrund der Beteiligung Baden-Württembergischer Polizeibeamt*innen an FRONTEX-Einsätzen ein menschenrechtskonformer Umgang mit Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen sichergestellt ist?

Mehrere EU-Mitgliedstaaten haben wegen der regelmäßigen Beteiligung von FRONTEX an illegalen Push-Backs, ihre Polizeibeamt*innen aus FRONTEX abgezogen. Als LINKE wollen wir nach diesem Vorbild die Zusammenarbeit mit FRONTEX beenden und alle Beamt*innen von entsprechenden Einsätzen abziehen. Eventuelle Beteiligungen an illegalen Aktivitäten sollen durch eine Untersuchungskommission vor Ort aufgeklärt werden.

7. Abschiebungen in Baden-Württemberg

a. Wie ist Ihre Haltung und die Ihrer Partei zur Abschiebehaft und zum Abschiebegefängnis in Pforzheim?

Wir fordern ein Ende der Abschiebungshaft in Baden-Württemberg und Schließung der Abschiebehafenanstalt Pforzheim. Diese Forderung haben wir auch in unserem Landeswahlprogramm aufgenommen.

b. Was schlagen Sie bzw. Ihre Partei vor, angesichts der Statistiken, wonach rund 50% der Personen in Abschiebungshaft rechtswidrig inhaftiert wurden, um rechtskonforme Abläufe in Zusammenhang mit Abschiebungshaft zu erreichen?

Da wir grundsätzlich gegen Abschiebungen sind, werden wir uns konsequenterweise auch dafür einsetzen, dass Abschiebungshaft abgeschafft wird. Aktuell Inhaftierte sind sofort zu entlassen und angemessen zu entschädigen.

c. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass Personen in Abschiebungshaft -analog zu Beschuldigten in Strafverfahren - eine Pflichtverteidigung beigeordnet wird?

Solange die Abschiebehaft noch nicht abgeschafft wurde sollten die Kosten für anwaltliche Vertretungen künftig im Rahmen der Verfahrenskostenhilfe im vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren übernommen werden.

d. Sind Sie oder Ihre Partei dafür, dass in Baden-Württemberg -wie in vielen anderen Bundesländern üblich -eine offene und unabhängig Beratung in der Abschiebungshaft geben soll?

Wir fordern, wie oben aufgeführt, ein Ende der Abschiebungshaft. Bis dahin fordern wir eine kostenlose Beratung und Verfahrenshilfe im Asylverfahren. Wir wollen die Beibehaltung der unabhängigen Sozial- und Verfahrensberatung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes und besseren Rechtsschutz gegen Abschiebungen. Die Kosten für anwaltliche Vertretungen sollen künftig im Rahmen der Verfahrenskostenhilfe im vorgerichtlichen Verwaltungsverfahren übernommen werden.

e. Wie stehen Sie und Ihre Partei zu Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen?

Abschiebungen aus Schulen, Kindergärten und Jugendhilfeeinrichtungen gehören zu den grausamsten Auswüchsen der deutschen Asylpolitik. Wir lehnen Abschiebungen generell ab und fordern deshalb ein Ende aller Abschiebungen aus Baden-Württemberg. Insbesondere Kitas, Bildungs- und Jugendhilfeeinrichtungen und Krankenhäuser müssen zu Schutzräumen vor Abschiebungen werden.